

# Die Theorie der geldwirtschaftlichen Entwicklung

*Waltraud Schelkle*

Mitte der 60er Jahre begann in der Entwicklungsökonomie das Nachdenken über den Zusammenhang von Geld und Entwicklung.<sup>1)</sup> Zuvor wurde unter ökonomischer Entwicklung v.a. Industrialisierung und Agrarmodernisierung verstanden. Nun wurde der in vielen Ländern hochreglementierte Finanzsektor als vermeintlich entscheidendes Entwicklungshemmnis entdeckt. Seine Liberalisierung sollte einen entscheidenden Entwicklungsimpuls geben. Durch Freigabe der Zinssätze würde die Unterdrückung ("Repression") des Finanzsektors beendet, ein höheres Sparvolumen herbeigeführt und so ein größeres Investitions- und damit auch Beschäftigungsvolumen ermöglicht.

Die Erfahrungen einiger lateinamerikanischer Länder deuteten jedoch darauf hin, daß der Schlüssel zu ökonomischer Entwicklung nicht in einem vom Staat nicht reglementierten Finanzsektor liegt. Ende der 70er Jahre hatten Argentinien, Chile und Uruguay von diesem Ansatz getragene Liberalisierungsprogramme durchgeführt. Zu Beginn der 80er Jahre wurde offenbar, daß diese Art Liberalisierung ursächlich für den Zusammenbruch ihres Finanzsektors war. Stark ansteigende Realzinsen (Nominalzinsen abzüglich Inflationsrate) hatten den Schuldendienst für viele Unternehmen so stark steigen lassen, daß sie reihenweise zahlungsunfähig wurden – und mit ihnen die Banken. Außerdem attrahierten die hohen Realzinsen kurzfristige Kapitalimporte, die zu so hohen Wechselkursaufwertungen führten, daß selbst exportstarke Unternehmen nicht mehr wettbewerbsfähig waren – wiederum mit entsprechenden Konsequenzen für die sie finanzierenden Banken. Daraus zog man die Lehre, daß jede Liberalisierung in einer bestimmten Sequenz von Maßnahmen bestehen müsse. Vor allem der Kapitalverkehr sollte erst ganz am Ende geöffnet werden, weil andernfalls die durch die Freigabe steigen-

den Realzinsen hohe kurzfristige Kapitalimporte anziehen, dadurch zu einer für die Exportwirtschaft desaströsen Aufwertung führen bei gleichzeitig starker Ausweitung der inländischen Geldmenge, die die Preisstabilität gefährdet.<sup>2)</sup> In dieser Modifikation ist der Ansatz der finanziellen Entwicklung bis heute vorherrschend, wie der Weltentwicklungsbericht 1989 der Weltbank zum Schwerpunktthema "Finanzsystem und Entwicklung" zeigt.

Aus Sicht einer Theorie der geldwirtschaftlichen Entwicklung deuten diese Erfahrungen darauf hin, daß eine sektorale Betrachtung wenig geeignet ist, den Zusammenhang von Geld und Entwicklung in seiner ganzen Tragweite zu erfassen. So macht es makroökonomisch wenig Sinn, die Ersparnis, d. h. einen Konsumverzicht aus Einkommen, an den Anfang eines Einkommensbildungsprozesses zu stellen. Vielmehr müssen erst die Banken bereit sein, Kredite zu vergeben, und Unternehmen, Verbindlichkeiten einzugehen, damit die Haushalte die Möglichkeit haben, ein (Lohn- oder Gewinn-)Einkommen zu erzielen, aus dem gespart werden kann. Die Bereitschaft der Haushalte, Wertpapiere in inländischer Währung zu halten (d. h. Geldvermögen zu bilden), ist wichtig, um eine Einkommensbildung zu ermöglichen, die mit Preisniveau- und Wechselkursstabilität einhergeht. Mangelt es an dieser Bereitschaft, so führt die Flucht in Sachvermögen (Immobilien, "Betongold") und Fremdwährungen ("Dollarisierung") zu Preissteigerungs- und Abwertungstendenzen.

Am Anfang dieses Kreislaufs kann theoretisch nur die Geldschaffung "aus dem Nichts" seitens eines Bankensystems stehen, das im einfachsten Fall aus der Geld emittierenden Zentralbank und den Geschäftsbanken besteht. (Geldschaffung "aus dem Nichts" deshalb, weil dafür heute in der Geldwirtschaft kein Ressourceneinsatz vorausgesetzt wird – wenn man vom Papier und der Arbeit der Druckerei absieht.) Früher dienten "Warendeckungen" des Geldumlaufs dazu, die Emission knapp zu halten und dadurch die Wertstabilität des Geldes zu erhalten. In modernen Geldsystemen ist dies die Funktion einer unabhängigen Zentralbank. Die umlaufende Geldmenge ist heute durch nichts anderes "gedeckt" als durch Zahlungsverprechen und den Glauben, daß sie erfüllt werden. Das Geldangebot und das darauf aufruhende Kreditangebot begrenzen die Einkommensbildung. Deutlich wird das daran, daß das Halten nomineller Forderungen ein arbeitsloses Einkommen zu erzielen erlaubt. Ein positiver Realzins (Nominalzins abzüglich

Inflationsrate) ist der Ausdruck für die Knappheit des Geldes im Verhältnis zu den verfügbaren Ressourcen, insbesondere im Verhältnis zu den verfügbaren Arbeitskräften.

Aus dieser Skizze der geldwirtschaftlichen Einkommensbildung sollte auch die (unvermeidliche) Problematik von Austeritäts- und Liberalisierungsprogrammen deutlich werden: Die Stabilisierung bewirkt, daß die Schulden der Unternehmen aufgewertet werden und der Schuldendienst steigt, so daß eine mehr oder weniger große Anzahl Firmen zahlungsunfähig wird. Infolgedessen können ihre Gläubigerbanken in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Ein möglicher "Run" von unruhig werdenden Sparern, die noch schnell ihre Einlagen in Sicherheit bringen wollen, kann dann auch weitere Banken mit in den Strudel ziehen. Das Finanzsystem droht zusammenzubrechen – und mit ihm die Einkommensbildung.

## **Keynesianische Grundlagen**

Das obige Szenario eines finanziellen Zusammenbruchs veranschaulicht, wie eng die Schaffung von Beschäftigung und Einkommen mit Geldhaltung und Nominalvermögensbildung zusammenhängt. Damit sind die keynesianischen Grundlagen dieses Ansatzes angesprochen. Es war John M. Keynes, der schon in "Treatise on Money" (1930) den monetären Charakter der Einkommensbildung hervorhob. Nicht die Ressourcen (wie das vorhandene Arbeitskräftepotential oder die Rohstoffe) begrenzen die Einkommensbildung, sondern der reale Wert der Geldvorschüsse, die geleistet werden müssen, um die Ressourcen zu beschäftigen. Was das eine Unternehmen verausgabt, wird zur Einnahme bei einem anderen. Insofern ist Münchhausens Unterfangen, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen, eine Parabel auf die Einkommensbildung in der Geldwirtschaft. Sie bedarf jedoch eines makroökonomischen Koordinationsmechanismus, der in einer Geldwirtschaft darin besteht, daß alle ökonomischen Handlungen sich an der Gelderzielung orientieren, weil das Geld den Zugang zu den anderen Tauschwerten eröffnet.

Erklärt man dagegen, wie der neoklassische Ansatz, die Einkommensbildung aus der Ausstattung eines Landes mit Ressourcen, so wird erstens nicht recht verständlich, warum ein mit Naturreichtümern gesegneter Kontinent wie Lateinamerika

aus Entwicklungsländern besteht, Westeuropa dagegen nicht. Es müssen dann schlechte Regierungen und "Mentalitäten" sein, die für die unzulängliche Nutzung der gegebenen Ressourcen verantwortlich sind. Das impliziert freilich, daß westeuropäische Regierungen um so vieles besser sind, wie ihre Untertanen reicher. Außer in Bonn und Brüssel dürften das wenige glauben, am wenigsten die neoklassische Anhängerschaft selbst.<sup>3)</sup> Zweitens wird durch den neoklassischen Ansatz die oben angesprochene Problematik von Stabilisierungsprogrammen, d. h. die Gefahr eines Zusammenbruchs der Einkommensbildung, unterschätzt.

Die Frage, die Keynes unter dem Eindruck der Depression und der Massenarbeitslosigkeit der 20er Jahre aufwarf, stellt sich auch in bezug auf Entwicklungsländer: Was bestimmt die Bereitschaft zur Bildung von Produktivvermögen – und dem ihm entsprechenden Finanzvermögen – in einer Welt konkurrierender Währungsräume? Die Theorie geldwirtschaftlicher Entwicklung nennt dafür ein Merkmal, das Entwicklungsländern jenseits unterschiedlicher sozialstruktureller und ökologischer Gegebenheiten gemeinsam ist: Entwicklungsländer sind Schwachwährungsländer. Dieser Ausgangspunkt macht Entwicklungshemmnisse erkennbar und setzt Akzente bezüglich der Entwicklungsstrategie, die in anderen theoretischen Ansätzen eine geringe Rolle spielen oder sogar zurückgewiesen werden.

### **Entwicklungsbedingung Weltmarkt**

Seit England zur ersten Industrienation aufstieg, haben sich die übrigen Währungsräume nachholend entwickeln müssen. Und seitdem gibt es eine (bewegliche) Hierarchie der Währungsräume. Gläubigerländer bilden ihre Spitze. Ihre Währungen sind diejenigen, die von den Anlegern der Welt präferiert werden, weil sie wertstabil sind und tendenziell aufwerten. Die Anlageentscheidungen führen dazu, daß solche Länder zu einem relativ niedrigen Zinssatz Produktion und Beschäftigung (auch im öffentlichen Sektor, z.B. in der Wissenschaft) finanzieren können. Auf den übrigen Stufen stehen Netto-Schuldnerländer unterschiedlicher Entwicklungsniveaus.

Ausgehend von diesem Ansatz ist zu vermuten, daß die Entwicklungschancen für nachholend entwickelnde Länder dann am besten sind, wenn ein Leitwährungsland unangefochten an der Spitze dieser Hierarchie steht. Dieses kann Handelsbilanzdefizite

zulassen, weil seine in der Vergangenheit aufgehäuften Forderungen gegen den Rest der Welt ihm erlauben, in Höhe seiner Einnahmen aus dem Schuldendienst mehr Güter zu verbrauchen als es produziert. Paradigmatisch hierfür steht die (unbeabsichtigte) "Entwicklungshilfe" Englands gegenüber den USA und Westeuropa Ende des 19. Jahrhunderts und die der USA gegenüber Japan, Westeuropa und später Südkorea in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Gegenwärtig gibt es jedoch kein unangefochtenes Leitwährungsland. Selbst Schlüsselwährungsländer wie die BRD oder Japan streben an, eine überschüssige Handels- und Leistungsbilanz aufzuweisen. Attraktiv ist dies nicht nur wegen der genannten Beschäftigungs- und Realeinkommensvorteile. Die damit einhergehende Gläubigerposition verleiht den wirtschaftspolitischen Autoritäten, allen voran der Zentralbank, auch einen größeren stabilitätspolitischen Spielraum und größere Durchsetzungskraft. Bei einer drohenden Abwertung kann etwa die Bundesbank in Wahrnehmung ihrer stabilitätspolitischen Aufgaben den Zinssatz erhöhen und per saldo immer eine Kreditkontraktion gegenüber dem Ausland erzwingen und damit eine Nachfrage nach DM hervorrufen. Bei einem Schuldnerland ist dagegen immer unsicher, ob es durch Zinserhöhung wie gewünscht Kapitalimporte attrahieren kann bzw. ob der dafür notwendige Zins noch tragbar ist.<sup>4)</sup>

Für die Mehrzahl der Schuldnerländer ist ein solcher Multiwährungsstandard jedoch ein Entwicklungshemmnis, wie vor allem die Regierungen der ostmitteleuropäischen Reformländer mit Erbitterung feststellen. Die Länder müßten Exportüberschüsse erzielen, um ihre Währungen vertrauenswürdig zu machen und damit erleichterte Bedingungen der Akkumulation zu erhalten. Dies ist die ratio der derzeit in nahezu allen Entwicklungsländern ausgebrochenen Weltmarkt-Euphorie. Aber genau dies wird ihnen im heutigen Multiwährungsstandard verwehrt, da auch jedes Industrieland durch Exportüberschüsse seine stabilitätspolitische Tugendhaftigkeit gegenüber den Finanzmärkten demonstrieren muß und zugleich (bei hohem Beschäftigungsstand) mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat.<sup>5)</sup>

Beschäftigungsvorteile und größere Effektivität der Wirtschaftspolitik, die eine Gläubigerposition gewährt, begründen aus keynesianischer Sicht, warum der Weltmarkt merkantilistisches (also am Nutzen nur des jeweils eigenen Landes orientiertes) Verhalten hervorbringt. Das führt dazu, daß alle Länder Export-

überschüsse erzielen möchten, denn nur so lassen sich Forderungen gegen den Rest der Welt aufbauen bzw. Schulden abbauen. Das kann aber nicht allen gelingen. Saldenmechanisch muß der Exportüberschuß eines Landes gleich dem Importüberschuß mindestens eines anderen sein, der Forderungsaufbau (bzw. Schuldenabbau) eines Landes die Schuldenzunahme (bzw. Forderungsabnahme) mindestens eines anderen bedeuten. Insofern sind die Importüberschüsse der Entwicklungsländer ein *Reflex* der Exportüberschüsse der erfolgreichen Industrienationen.

Der Erfolg der Industrieländer ist daher der Mißerfolg der Entwicklungsländer: Ihrem Zugewinn an wirtschaftspolitischer Manövrierfähigkeit entspricht deren größere Abhängigkeit, ihrem hohen Beschäftigungsstand deren erschwerte Einkommensbildung. Hier werden Sachverhalte angesprochen, die aus der Dependenztheorie bekannt sind.<sup>6)</sup> In der Tat begründet die Theorie der geldwirtschaftlichen Entwicklung eine Art monetärer Dependenz der Entwicklungsländer. Die Begründung dafür liegt aber nicht in der Marktmacht transnationaler Konzerne oder der staatlich unterstützten Ausplünderung – das kommt möglicherweise hinzu, ist aber kein notwendiges Element.<sup>7)</sup> Die Auskunft mag enttäuschend sein: **Der Keynesianische Ansatz hält kein Drehbuch für globale Entwicklung bereit – aus den genannten saldenmechanischen Gründen erfolgt der Aufstieg eines Währungsraumes zu Lasten anderer.**

Eine Schwachwährungsposition ist nur dann mit Stabilität vereinbar, wenn ein hohes positives Zinsdifferential zu den erfolgreicheren Währungsräumen aufrechterhalten wird. Das beinhaltet hohe Investitionsbarrieren und niedrige Reallöhne. In dieser Situation sehen sich viele Regierungen in Ländern der Dritten Welt genötigt, selbst den Großteil der Beschäftigung zu gewährleisten, als gewichtige Nachfrager für den Unternehmenssektor aufzutreten, diesen dauerhaft gegen ausländische Konkurrenz abzusichern oder die Banken zu selektiven Kreditvergaben unterhalb des Marktzinsniveaus zu zwingen. Die Folgen sind bekannt: aufgeblähte Staatsapparate, eine zu teuer und in schlechter Qualität produzierende Industrie, marode Bankensysteme, eine segmentierte Wirtschaft. Um all diese Defizite auszugleichen, wurde oftmals der Agrarsektor in die Zange von Preisverordnung und staatlichem Vermarktungsmonopol genommen, damit die Lebenshaltungskosten niedrig bleiben. Einige Länder Afrikas,

ehemals "Kornkammern" ihrer Region, sind darüber zu Nahrungsmittelimporteuren geworden.

Es ist nicht zu bestreiten, daß dysfunktionale politische Eingriffe in Entwicklungsländern diese Situation beförderten. Zu fragen ist aber, warum sich wirtschaftspolitische Fehler in solchen Ländern so katastrophal auswirken. Schließlich haben auch Industrieländer überdimensionierte Staatsapparate sowie stark und nicht immer sinnvoll reglementierte bzw. protektionierte Märkte. Eine sich auf ökonomische Argumente beschränkende Erklärung ist, daß die schwache Position in der Hierarchie der Währungsräume solche Eingriffe nahelegt und ihre schädlichen Wirkungen zugleich verstärkt.<sup>8)</sup>

Es sind die in der Hierarchie oben angesiedelten Währungsräume mit ihren größeren wirtschaftspolitischen Handlungsspielräumen, die Leistungsbilanzdefizite zulassen können, ohne ihre Position zu gefährden. Allerdings ist nicht klar, wieviel dieser zusätzlichen Nachfrage von anderen Industrieländern befriedigt würde, also Südkorea und Portugal begünstigen würde, nicht aber Tansania und Indien. Insofern bedürfte es positiver Diskriminierung, der Einräumung eines erweiterten "most-favoured-nations"-Status, der den Schuldner- alias Entwicklungsländern eine sinnvollere Entwicklungsstrategie ermöglichen würde bzw. fehlerhafte Politiken dank Kompensationsmöglichkeiten weniger fatal werden ließe.

### **Strategie der Unterbewertung und selektive Protektion**

Eine anhaltende Exportüberschuß-Position deutet auf eine unterbewertete Währung hin. Der BRD ist es in der Nachkriegszeit gelungen, genau diese Situation aufrechtzuerhalten: indem die Bundesbank eine größere Preisstabilität durchsetzte als der Rest der Welt und die Aufwertung der Mark immer nur verzögert zuließ. Ablesbar ist eine solche "Unterbewertungsstrategie" an hohen Devisenreserven, denn diese stellen eine Fremdwährungsnachfrage der Zentralbank dar, die der Aufwertung der eigenen Währung entgegenwirkt. Aufstrebende Schwellenländer wie Taiwan oder Malaysia weisen genau die selben Indikatoren einer erfolgreichen Unterbewertungsstrategie auf: in der längerfristigen Betrachtung Exportüberschüsse, relative Preisstabilität, verzögerte Aufwertungen, hohe Devisenreserven.

Der als "strategisch" zu bezeichnende Kapitalexport der Zentralbank <sup>9)</sup> ist ein Element einer (monetär-)keynesianisch begründeten Entwicklungsstrategie. Die Aufrechterhaltung relativer Preisstabilität ist ein weiteres, nicht-triviales Element. Geldpolitische Stabilisierung, insbesondere der Verzicht auf die Monetisierung von Budgetdefiziten und der Verzicht auf die Festsetzung des allgemeinen Zinsniveaus unterhalb der Marktzinssätze, ist dafür notwendig. Aber das ist keineswegs hinreichend. Denn diese Geldpolitik wirkt sowohl von der Güternachfrageseite wie von der Kreditangebotsseite hemmend auf die Einkommensbildung. Deshalb bedarf es einer Form der Einkommenspolitik, die die Nominallöhne nach unten und oben stabilisiert. Sie entlastet die Geldpolitik von der Inflationsbekämpfung und die Fiskalpolitik von der permanenten Nachfragestabilisierung. Leider ist nicht ganz von der Hand zu weisen, daß autoritäre Regime wie in Südkorea (oder in Japan vor dem 2. Weltkrieg) bislang erfolgreicher darin waren, eine solche Einkommenspolitik von oben durchzusetzen, als etwa formaldemokratische, korporatistische Regime wie das peronistische Argentinien oder Chile unter Präsident Allende.

Aus diesem Zusammenspiel von wechselkursorientierter Geldpolitik und preisstabilisierender Einkommenspolitik ergeben sich makroökonomisch die Bedingungen für eine unterbewertete Währung. Eine Strategie, die darauf abzielt, kann als "globaler Protektionismus" bezeichnet werden. Ihr Erfolgsausweis ist eine überschüssige Leistungsbilanz. Ergänzt werden muß sie jedoch durch "selektiven Protektionismus", weil Exportfähigkeit allein noch keineswegs ökonomische Entwicklung hervorbringt.<sup>10)</sup> Vielmehr kann sie auch in bloßer Weltmarktintegration nach kolonialem Muster, in einer Entwicklung zur verlängerten Werkbank und in "Verelendungswachstum"<sup>11)</sup> bestehen.

Zölle müssen daher relative Preise so verändern, daß Produktionsanreize für Güter mit höherer Wertschöpfung (i.d.R. mit höherem Verarbeitungsgrad) gegeben werden. Entwicklungsländer sollten also von den Industrieländern die *effektive Protektion* (mit steigendem Verarbeitungsgrad ansteigende Zölle) übernehmen: In die EU dürfen beispielsweise Baumwoll- und Seidenstoffe frei importiert werden, während Kleidungsstücke mit Zöllen belegt werden<sup>12)</sup>. Wenn diese Strategie gelingt, steigen die Realeinkommen (bei stabilen Nominallöhnen) infolge sinkender Preise, die aus Produktivitätsfortschritten resultieren. Damit aus dem

"Erziehungszoll" jedoch kein "Schutzzoll" für nicht wettbewerbsfähige Unternehmen wird, sollte Protektion von vornherein zeitlich befristet gewährt werden. Das kann etwa in Form eines Zeitplans für eine stufenweise Senkung der Zollsätze geschehen (sog. phasing out), auf den sich Unternehmen einstellen können – und müssen.

## **Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit**

Es ergibt sich also, daß (kapitalistische) Entwicklung nicht zuletzt darin besteht, den Koordinationsmechanismus des Geldes zu etablieren und die Schwäche der Währung zu mindern. (Diese Minderung kennt natürlich Grade: In der Tendenz bedeutet dies, daß die Barrieren für Investitionen sinken und Reallöhne steigen können, und daß die Zinspolitik ein effektives Instrument der Stabilisierung wird.) Daraus ergibt sich eine klare Botschaft für die Entwicklungszusammenarbeit:

**Entwicklungshilfe, die als solche gemeint ist (und nicht etwa Subventionen für kommerzielle Vorhaben darstellt), sollte als reiner Zuschuß vergeben werden. Denn jede Kreditvergabe, auch die wohlmeinendste, schwächt den sich verschuldenden Währungsraum.**

Es wird damit ein zukünftiger Zahlungsbedarf in ausländischer Währung geschaffen, die zu halten dadurch attraktiv wird. Denn sie kommt unter Aufwertungsverdacht, die inländische dagegen unter Abwertungsverdacht.

Die sogenannten Anreizprobleme bzw. ein vermeintlicher Mangel an Erfolgskontrolle, die mit Zuschüssen verbunden sein können, müssen dann anderweitig bewältigt werden. Ein probates Instrument ist etwa die Rückzahlung in inländischer Währung und die Weiterverwendung dieser Mittel als revolvingender Fonds, wie dies mit der Marshall-Plan-Hilfe geschah (und woraus bekanntlich die KfW hervorging). Damit werden Rückzahlungsverpflichtungen, d. h. eine Nachfrage nach inländischer Währung geschaffen, die diese tendenziell stabilisiert.

Überhaupt ist es lehrreich, sich die Entwicklungshilfe anzuschauen, die die ehemaligen Kriegsgegner der BRD angedeihen ließen: Nach der Zahlungsbilanzkrise 1950/51 öffneten die Mitglieder der Europäischen Zahlungs-Union ihre Märkte einseitig gegenüber der BRD, und die Alliierten gewährten im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens 1953 großzügige Entschuldung.

Dankenswerterweise hat das DIE einen daran angelehnten Entschuldungsvorschlag in die Debatte eingebracht, als die Schuldenkrise der Entwicklungsländer in den 80er Jahren ihren Höhepunkt erreichte, und dafür herbe Kritik seitens des Finanzministeriums einstecken müssen<sup>13)</sup>.

Allerdings ist aus Sicht der Theorie geldwirtschaftlicher Entwicklung nicht zu erwarten, daß die Entwicklungszusammenarbeit sich der merkantilistischen Logik des Weltmarktes entzieht. Bekannt sind die formellen und informellen Lieferbindungen oder der Einsatz von Exportversicherungen (wie Hermes) als versteckte Subvention für den Export in Märkte von Entwicklungsländern.

Ein besonders eindrückliches Beispiel für diese merkantilistische Logik liefern die Anfänge der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik. Unter dem Titel "Das Zahlungsbilanzungleichgewicht als Geburtshelfer der Entwicklungshilfe" beschreibt Otmar Emminger in seinen Memoiren<sup>14)</sup>, daß die Bundesbank 1960 als Hebamme der Entwicklungshilfe auftrat, um ihre Unterbewertungsstrategie nicht aufgeben zu müssen. Sie favorisierte damals eine Entsorgung ihrer hohen Devisenreserven via "forcierten Kapitalexport" (also Entwicklungshilfe) gegenüber den anderen "Lösungsmöglichkeiten" Anpassungsinflation und Aufwertung. Zu einer dieser Lösungen zu greifen sah sie sich genötigt, da andere Regierungen, v.a. die der USA, immer offener Kritik am Handelsmerkantilismus der BRD übten. Pointiert gefaßt bedeutet das: Die Entwicklungshilfe wurde in der damaligen BRD salonfähig, als sie eine unterbewertete Währung aufrechtzuerhalten half, die ihrerseits nolens volens zur Unterentwicklung der bedachten Länder beiträgt.

---

1) Vgl. H. T. Patrick: Financial Development and Economic Growth in Underdeveloped Countries, in: Economic Development and Cultural Change, Bd. 14, 1966. Einschlägig sind zwei unabhängig voneinander entstandene Werke: R. McKinnon: Money and Capital in Economic Development. Washington 1973 / E. Shaw: Financial Deepening in Economic Development. New York 1973. Sie lösten eine Flut von Beiträgen zur sog. "finanziellen Repression" aus. Eine Art Lehrbuch zu der in dieser Tradition stehenden Literatur ist M. J. Fry: Money, Interest, and Banking in Economic Development. London 1988

- 2) Eine umfassende und vielzitierte Deutung dieser Finanzsektor-Zusammenbrüche gibt C. Diaz-Alejandro: Good-bye Financial Repression, Hello Financial Crash, in: J. of Development Economics, Bd. 19/1985
- 3) Die Diskrepanz von herrschender Theorie und Entwicklungsgeschichte einzelner Länder (z.B. Schweiz im Vergleich zu Argentinien) behandelt anschaulich und lehrreich D. Senghaas: Von Europa lernen – entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen. Frankfurt/M. 1982
- 4) Auf die asymmetrischen Stabilisierungsmöglichkeiten von Gläubiger- und Schuldnerländern hat Keynes bereits in seinem ersten Werk aufmerksam gemacht: J. M. Keynes: Indian Currency and Finance. London 1913 (Kap. 2)
- 5) Ausführlicher dargestellt wird die Instabilität eines Multiwährungsstandards in H. Riese: Theorie der Inflation. Tübingen 1986 (Kap. 8)
- 6) Vgl. F. H. Cardoso, E. Falletto: Dependency and Development in Latin America. Berkeley 1979
- 7) Vgl. dazu ausführlicher M. Lüken-Klaßen, K. Betz: Weltmarkt und Abhängigkeit, in: H. Riese, H.-P. Spahn: Internationale Geldwirtschaft. Regensburg 1989
- 8) Unter dieser Prämisse habe ich die Entwicklung Indiens untersucht: W. Schelkle: Konstitution und Erosion einer Geldwirtschaft – Entwicklungsprobleme Indiens seit der Unabhängigkeit. Berlin, DIE 1992. Eine aktualisierte englische Fassung ist 1994 im Verlag Frank Cass, Ilford, erschienen.
- 9) Vgl. H. Riese: Entwicklungsstrategie und ökonomische Theorie – Anmerkungen zu einem vernachlässigten Thema, in: Entwicklungsländer und Weltmarkt, Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft Bd. 4. Frankfurt/M. 1986 (S.179)
- 10) Vgl. ergänzend zu globalem und selektivem Protektionismus H. Riese (s. Fn. 9, S. 176ff.) und M. Lüken-Klaßen: Währungskonkurrenz und Protektion. Marburg 1993
- 11) Der Ausdruck und das dazugehörige Modell stammt von dem m. E. bedeutendsten neoklassischen Entwicklungstheoretiker Jagdish Bhagwati (Immiserising Growth – a Geometrical Note, in: Review of Economic Studies, Bd. 25/1958)
- 12) Vgl.: Passive Lohnveredelung im Rahmen der Textil- und Bekleidungsimporte Deutschlands und der EU, in: DIW-Wochenbericht 17/95
- 13) T. Kampfmeyer: Die Verschuldungskrise der Entwicklungsländer. Berlin, DIE 1987 / s. a. Walter Eberlei: Von Abs lernen, in: E+Z 1993:4, S. 102.
- 14) O. Emminger: D-Mark, Dollar, Währungskrisen – Erinnerungen eines ehemaligen Bundesbankpräsidenten. Stuttgart 1986, S. 111ff.

---

**Dr. Waltraud Schelkle** arbeitete 1989-1992 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in Berlin. Seit 1992 ist sie Hochschulassistentin am Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte der FU Berlin.